PRESSE

BayernSPD Landtagsfraktion

SPD fordert Fahrplan für dritten bayerischen Nationalpark

Pressegespräch mit

Florian von Brunn, MdL, Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Umwelt- und Verbraucherschutz

11. August 2016, 11.00 Uhr,
Gaststätte des Bayerischen Landtags

1. Konkreter Fahrplan für einen dritten bayerischen Nationalpark – Mit dem nördlichen Steigerwald als Spitzenkandidaten

Die Staatsregierung hat vor kurzem ihre Verweigerungshaltung aufgegeben, einen dritten bayerischen Nationalpark zuzulassen. Damit räumt sie ein, dass Bayern zum Erhalt der Artenvielfalt und Natur solche großen Schutzgebiete braucht. Nur eine Änderung in der Bewirtschaftung („Schützen und Nützen“) reicht nicht aus; beides ist dringend notwendig.

Ohne Vorschlag für ein konkretes Auswahlverfahren und einen Zeitplan ist das Vorgehen aber reine Ankündigungspolitik und nur der offensichtliche Versuch, das miese Image in der Naturschutzpolitik - Stichwort Riedberger Horn und Steigerwald - zu reparieren.

Die BayernSPD-Landtagsfraktion will kein bloßes Nationalpark-„Quatschi Quatschi“ (Horst Seehofer), deswegen fordern wir einen konkreten Fahrplan zur Realisierung des dritten bayerischen Nationalparks – natürlich unter Einschluss des Spitzenkandidaten: des nördlichen Steigerwalds!

Konkret wollen wir Folgendes:

- Die Entscheidung, wo der dritte Nationalpark entsteht, muss im Jahr 2017, also noch vor dem Landtagswahlkampf getroffen werden.
- Dafür muss innerhalb eines Jahres eine Machbarkeitsstudie erstellt werden, die die in Frage kommenden Gebiete zum einen naturschutzfachlich bewertet, aber auch eine wirtschaftliche Bewertung vornimmt. Die wirtschaftliche Be-

BayernSPD Landtagsfraktion
Maximilianeum
81627 München
Tel.: 089 - 4126 2347
Fax: 089 - 4126 1168
bayernspd-landtag.de
presse@bayernspd-landtag.de

- wertung ist notwendig, um der Bevölkerung aufzuzeigen, welche Vorteile Nationalparke bringen.
- Der Steigerwald darf dabei auf keinen Fall ausgeschlossen werden, sondern ist der Spitzenkandidat, der schon beim letzten Auswahlverfahren zu einem Buchenwälder-Weltnaturerbe deutschlandweit auf Platz 5 gekommen ist.
- In Frage kommende Gebiete sind neben dem Top-Kandidaten Steigerwald aus unserer Sicht u.a. der Hochspessart, die Rhön und das Ammergebirge mit Teilen des Wettersteins, aber für uns als SPD-Landtagsfraktion ist eigentlich klar:
- Franken sollte den nächsten bayerischen Nationalpark bekommen.
- Um die Akzeptanz der Bevölkerung zu erreichen, betonen wir, dass ein Nationalpark nur staatliche Gebiete bzw. Staatswald um fassen darf, also keinen Privatwald, und es ein transparentes Dialogverfahren mit der Bevölkerung geben muss.

2. Reform des Verbraucherschutzes: Effektivität stärken, Lebensmittelsicherheit verbessern und Transparenz steigern

Ein Jahr nach Bekanntwerden des Lebensmittelskandals mit der Firma Bayern-Ei und sechs Monate nach Vorlage des „Gutachtens zur Struktur und Organisation des amtlichen Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung“ durch den Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) hat Staatsministerin Scharf bisher nur unausgegorene Teilreformvorschläge vorgelegt. Wichtige Fragen und Probleme, die der ORH genannt hat, werden bisher überhaupt nicht erwähnt.

BayernSPD Landtagsfraktion
Maximilianeum
81627 München
Tel.: 089 - 4126 2347
Fax: 089 - 4126 1168
bayernspd-landtag.de
presse@bayernspd-landtag.de

Die Zugeständnisse und Fortschritte, die bisher erzielt wurden, gehen alle auf Kritik und Vorschläge der SPD-Landtagsfraktion zurück. Wir haben als erste die ausschließliche Kontrolle von Risikobetrieben durch die Spezialeinheit gefordert. Wir haben die Eigenkontrollen der Unternehmen in Frage gestellt und eine bessere Überwachung dieser Selbstkontrollen gefordert. Wir haben auch von Anfang an darauf hingewiesen, dass im Bereich der Lebensmittelüberwachung in Bayern mehr Personal benötigt wird.

Kontrolle von Risikobetrieben und Personal:

Die Staatsministerin hat die Bildung einer neuen Behörde - und die damit verbundene Schaffung von 70 zusätzlichen Stellen - angekündigt, die Risikobetriebe und sogenannte „komplexe Betriebe“ untersuchen soll. Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, warum entgegen der Empfehlungen des ORH eine neue Behörde geschaffen werden soll, und zweitens warum diese Behörde zudem an zwei neuen Standorten angesiedelt werden soll und nicht an den etablierten Standorten des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) in Oberschließheim bei München und Erlangen.

Es ist völlig unseriös, sich auf 70 zusätzliche Stellen festzulegen, ohne dass der Aufgabenumfang für die neue Behörde überhaupt ermittelt ist. Derzeit läuft erst das Verfahren zur Auswahl der Betriebe an, die diese Behörde untersuchen soll. Die Staatsregierung weiß also noch überhaupt nicht, um wie viele Betriebe es

BayernSPD Landtagsfraktion
Maximilianeum
81627 München
Tel.: 089 - 4126 2347
Fax: 089 - 4126 1168
bayernspd-landtag.de
presse@bayernspd-landtag.de

letztlich geht. Deswegen ist der Vorschlag, 70 Stellen zu schaffen völlig unseriös.

Eine neue Behörde benötigt beispielsweise eine Leitung, Verwaltung und eine Vollzugsabteilung. Das heißt aber auch, dass von den 70 neuen Stellen überhaupt nur ein Teil für Kontrollen zur Verfügung steht.

Wir fordern deswegen jetzt erneut, die vom ORH vorgeschlagenen Personalbedarfsanalysen durchzuführen, um eine verlässliche Basis zu haben. Parallel dazu muss geklärt werden, wie viele Betriebe untersucht werden müssen. Besonders wichtig ist auch, dass bei der Personalbedarfsermittlung die Labore am LGL einbezogen werden.

Kontrolle von Eigenkontrollen und Sanktionen

Bisher will die Staatsregierung nur im Bereich der Geflügel- bzw. Eierproduktion Eigenkontrollen verstärkt überwachen. Wir fordern eine stärkere Überwachung der Eigenkontrollen in allen Risikobereichen; also in den Bereichen, in denen es zu mikrobieller Belastung von Lebensmitteln kommen kann.

Dazu müssen auch Änderungen von Gesetzen und Vorschriften vorgenommen werden. Ein konkretes Beispiel: Die Nicht-Meldung von Belastungen von Lebensmitteln durch Unternehmer und Labore muss zwingend ordnungsrechtlich geahndet werden.

BayernSPD Landtagsfraktion
Maximilianeum
81627 München
Tel.: 089 - 4126 2347
Fax: 089 - 4126 1168
bayernspd-landtag.de
presse@bayernspd-landtag.de

Bayerische Behörden müssen zudem eindeutig verpflichtet werden, strafrechtlich relevante Vorgänge umgehend an die Staatsanwaltschaften zu melden.

Transparenz:

Wir brauchen deutlich mehr Transparenz im Bereich der Lebensmittelüberwachung und des Veterinärwesens. Es muss eindeutig geregelt werden, wann Behörden die Öffentlichkeit über Vorfälle informieren, die die Lebensmittelsicherheit betreffen.

Unternehmen sollten verpflichtet werden, die Art und Weise, wie sie Eigenkontrollen durchführen, frei zugänglich zu machen.

Außerdem muss geprüft werden, wie eine Veröffentlichung von schwarzen Schafen – Unternehmen, in denen es zu schwerwiegenden und mehrfachen Gesetzesverstößen gekommen ist – gesetzlich geregelt werden kann, um den Druck zur Einhaltung von Vorgaben zu erhöhen.

Abschlussbewertung durch den ORH:

Wir fordern eine Abschlussbewertung der Reformen im Bereich des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung durch den ORH.

BayernSPD
Landtagsfraktion
Maximilianeum
81627 München
Tel.: 089 - 4126 2347
Fax: 089 - 4126 1168
bayernspd-landtag.de
presse@bayernspd-landtag.de